



20. April 2007

Beschluss des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) zur Einführung einer nationalen Wahlstudie

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hält eine wissenschaftsgetragene nationale Wahlstudie für sinnvoll und unterstützt ihre Etablierung mit großem Nachdruck. Es wird empfohlen, die Studie dauerhaft und nachhaltig einzurichten.

Allgemeine Wahlen sind das zentrale Kennzeichen und tragende Fundament der repräsentativen Demokratie. Wahlforschung ist daher immer auch Demokratieforschung. Gerade in Deutschland mit der Erfahrung der gescheiterten Weimarer Republik und der Pseudodemokratie in der DDR ist die Beobachtung der formalen Gestaltung des Wahlsystems und seiner praktischen Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Beitrag zur Erforschung von Legitimitäts- und Stabilitätsbedingungen der Demokratie.

Die akademische Wahlforschung kann in der Bundesrepublik Deutschland auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken. Ihr Leistungsstand als Teildisziplin der Politikwissenschaft ist hoch; internationale Vergleiche braucht sie nicht zu scheuen. Zu fast allen Bundestagswahlen wurden in der Vergangenheit qualitativ hochwertige Wahlstudien durchgeführt.

Allerdings handelte es sich dabei immer um individuelle Unternehmungen einzelner Forscher oder Forschergruppen, die sich jeweils ad hoc um die Finanzierung der

Studien bemühen mussten, zumal eine Dauerfinanzierung solcher Forschung mit den damaligen Grundsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) nicht vereinbar war. Daher ist die deutsche Wahlforschung durch vielfältige methodische Brüche gekennzeichnet. Eine kontinuierliche Langzeitbeobachtung, etwa in Form eines Panels, konnte nicht aufgebaut werden. Selbst retrospektive Langzeitanalysen aggregierter Daten sind problematisch, weil mit den Studienverantwortlichen häufig auch die Erhebungsmethoden und -instrumente wechselten.

Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 hat die prekäre Situation der akademischen Wahlforschung in Deutschland besonders deutlich illustriert. Während die kommerzielle Wahlforschung vor dem Hintergrund ihrer kontinuierlichen Finanzierung relativ problemlos und rasch reagieren konnte, war es nur dem außerordentlichen Einsatz einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Dank einer unbürokratischen und schnellen Unterstützung durch die DFG möglich, anlässlich dieser Bundestagswahl Daten zu erheben, die theoretisch und methodisch den Ansprüchen der akademischen Wahlforschung genügten.

Die Ursache dieser Probleme ist leicht zu benennen: Im Unterschied zur Mehrzahl der etablierten Demokratien verfügt die Bundesrepublik Deutschland nicht über eine institutionalisierte nationale Wahlstudie. In Ländern wie Dänemark, Großbritannien, Italien, Kanada, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz oder den USA bestehen umfangreiche, den methodischen Standards der Disziplin voll genügende und mittels unterschiedlicher institutioneller Arrangements durch die Disziplin verantwortete, öffentlich finanzierte nationale Wahlstudien; teilweise bereits seit Anfang der 1950er Jahre.

Die Tatsache, dass die Existenz und Kontinuität der akademischen Studien zu nationalen Wahlen in Deutschland ständig gefährdet ist, wird von akademischen Wahlforscherinnen und Wahlforschern angesichts der Bedeutung nationaler Wahlen als zentrale Legitimationsquelle der Demokratie als untragbare Situation angesehen. Daher wird nach einer adäquaten, dauerhaft tragfähigen Lösung gesucht.

Mit diesem Anliegen wurde die Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW) als Zusammenschluss deutscher akademischer Wahlforscherinnen und Wahlforscher

gegründet. Ihr Ziel ist die Institutionalisierung einer deutschen nationalen Wahlstudie. Die DGfW stellt sich die Aufgabe, diese auf hohem methodischem, wissenschaftlichem Niveau kontinuierlich zu planen und durchzuführen. Die erhobenen Daten werden als Kollektivgut betrachtet und nach Abschluss der Datenbereinigung der interessierten Fachöffentlichkeit über das Zentralarchiv für Analysen zur Verfügung gestellt. Die Wahlstudie soll eine wohl abgewogene Mischung aus kontinuierlich erhobenen und innovativen Teilen beinhalten. Die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft soll bei der Studienplanung in angemessener Weise eingebunden werden. Damit wird der wissenschaftliche Wettbewerb stimuliert und die umfassende, detaillierte Auswertung der Daten gefördert.

Die Ziele der DGfW – Dauerbeobachtung des Wahlverhaltens, Sicherstellung methodischer Kontinuität, internationale Kooperation, Offenheit für Innovationen und Grundlagenforschung, Methodenpluralismus, Datenproduktion höchster Qualität, Transparenz und einfache Zugänglichkeit – sind nur mit vereinten Kräften realisierbar und die ideelle und materielle Unterstützung unterschiedlicher Institutionen ist für ein Gelingen des Gesamtprodukts wesentlich.

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) begrüßt ausdrücklich die Bemühungen der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW) um die Institutionalisierung einer deutschen nationalen Wahlstudie. Das Projekt schließt eine gravierende Lücke in der Palette langfristiger Programme der Erhebung und Analyse sozialwissenschaftlicher Daten in der Bundesrepublik Deutschland.